

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag 11, Telčianska 15. • Zlitzchen: 26793, 31469. • (Nachdruckverbot): 26797 • Dofschdaml: 37544

Einzelpreis 70 Heller.

13. Jahrgang.

Sonntag, 5. Feber 1933

Nr. 31.

Standrecht in Rumänien!

Bukarest, 4. Feber. Das königliche Dekret für Verhängung des Ausnahmezustandes ist heute unterzeichnet worden und wird morgen im Amtsblatt erscheinen. Der Ausnahmezustand wird über die Bezirke von Bukarest, Ploesti, Galatz, Iernobor, Czernowiz und die Industriegebiete des Prahova-Tales verhängt. Die Pressezensur wird nicht eingeführt.

Bukarest, 4. Feber. (Sig. Draht.) Die Antigen Unruhen im Petroleumgebiet von Ploesti sind noch einem Ausbruch der sozialdemokratischen Partei eine Folge der jurcht-baren Not und der Ausbeutung der Petroleumarbeiter. In den Raffinerien herrsche Diktatur und Terror schlimmster Art. Die zahlreichen Entlassungen infolge des Pariser Erdölabkommens hätten eine Atmosphäre der Verzweiflung unter der Arbeiterschaft erzeugt, erhöht durch den von den Behörden stillschweigend geduldeten Tarifbruch. Die volle Verantwortung für die blutigen Zusammenstöße fällt auf die Unternehmer und die Behörden.

1200 streikende Eisenbahner verbarrikadieren sich.

Jassy, 4. Feber. Der Streik der rumänischen Eisenbahner nimmt immer mehr an Ausdehnung zu. In der Eisenbahnhauptwerkstätte von Nicolau haben sich gestern abends weitere 1200 Eisenbahnarbeiter den Streikenden angeschlossen. Die Arbeiter verbarrikadieren sich und erklären, daß sie so lange ihre Arbeitsstätte nicht verlassen würden, als die Direktion ihre Wünsche nicht erfüllt. Die Umgehung der Eisenbahnwerkstätte wurde von Truppen- und Polizeieinheiten angeordnet.

Mehrheit für Daladier.

Paris, 4. Feber. Die Kammer sprach der Regierung Daladier noch dem berechtigten Ergebnis mit 376 gegen 181 Stimmen das Vertrauen aus. Es ist dies bis auf wenige Stimmen dieselbe Mehrheit der Linksparteien, die Paul Boncour erhalten hat. Der ehemalige Ministerpräsident Herriot hielt vor Mitternacht eine längere Rede, in welcher er alle republikanischen Parteien im gegenwärtigen ersten Augenblick der Weltgeschichte zur Einheit aufrief, da das Vertrauen in die Republik und in der Republik wiederhergestellt werden müsse. Ministerpräsident Daladier sagte von seinem Platz aus: In Europa beginnt sich die Welle des Nationalismus auszubreiten. Frankreich muß auf der Hut bleiben, da es nichts gewinnen würde, wenn es nach weiter ginge.

In Jehol und Genf — nichts Neues!

Tokio, 4. Feber. Die japanische Armee auf der Halbinsel Kwantung soll Vorbereitungen für alle Eventualitäten treffen. Der Vertreter des Kriegswissenschaftlers erklärte in einer Unterredung mit dem Reuters-Korrespondenten, daß die Armee entschlossen sei zu handeln.

Genf, 4. Feber. Der mit der Lösung des östlich-japanischen Konfliktes betraute 19er-Ausschuß der außerordentlichen Völkerbundversammlung verhandelte heute über die neuen japanischen Forderungen.

Der englisch-persische Oelkonflikt beigelegt.

Genf, 3. Feber. Der Oelkonflikt zwischen England und Persien ist heute vorläufig beigelegt worden. England und Persien sind übereingekommen, das Verfahren vor dem Völkerbundrat bis zur Waitagung des Völkerbundesrates und unter Umständen darüber hinaus auszusetzen. Zwischen sollen sofort Verhandlungen über eine neue Konzession aufgenommen werden. So wohl Persien als auch England hielten ihren Rechtsstandpunkt aufrecht. Sollten die Verhandlungen über eine neue Konzession ergebnislos verlaufen, so würde der Völkerbundrat sich erneut mit der Frage beschäftigen.

Verschärfte Presseknebelung angekündigt!

Notverordnung erscheint am Montag.

Berlin, 4. Feber. Das Wolffbüro versantbart: „Bei Amtsantritt hatte die Reichsregierung vor der Presse die Hoffnung und den Wunsch zum Ausdruck gebracht, es möge ihr kein Anlaß geboten werden, frühere Beschränkungen des Versammlungs- und Prechrechtes wieder aufleben zu lassen. Allerdings wurde gleichzeitig die Mahnung (!) ausgesprochen, alles zu vermeiden, was Beunruhigung in das Volk tragen und die öffentliche Sicherheit gefährden könnte. Diese Mahnung ist nicht befolgt worden. Vor allem in der Presse sind in den letzten Tagen unerhörte Beschimpfungen und Beleidigungen (!) erhoben worden, die eine Regierung, die auf Autorität hält, sich nicht gefallen lassen kann. Ferner hat ein Teil der Presse ganz offensichtlich, um Beunruhigung zu schaffen und das Vertrauen zur Regierung zu erschüttern, Gerüchte über angebliche (!) wirtschaftl. und sozialpolitische Maßnahmen der Regierung verbreitet, die keinerlei Unterlage besäßen.“

Die Reichsregierung hat sich daher veranlaßt gesehen, dem Reichspräsidenten eine Verordnung vorzuschlagen, die Beschränkungen des Versammlungs- und Prechrechtes enthält, wie sie zum Teil auch früher bestanden. Diese Verordnung gibt der Reichsregierung nunmehr die absolute Handhabe, ihre Autorität wirksam zu wahren und ihre Aufbanarbeit ungestört (!) durchzuführen. Somit dient sie dem Schutze des deutschen Volkes.

Diese Verordnung, die dem Reichspräsidenten zur Unterrichtschrift vorliegt, wird am Montag veröffentlicht werden.

Das „Vorwärts“-Verbot. Und wie es das Blatt seinen Lesern zur Kenntnis brachte.

Der Berliner „Vorwärts“ ist bekanntlich ab gestern auf drei Tage verboten worden. Und trotzdem erhielten wir ihn gestern, erhielten ihn alle reichsdeutschen und ausländischen Leser und sicherlich noch Zehntausende darüber hinaus. Der „Vorwärts“-Verlag verschickte nämlich die Sonnabend-Nummer als ein einzige Seite, die nichts anderes enthält, als den bekannten Kopf des „Vorwärts“ und darunter in großen Lettern das Folgende:

Der Polizeipräsident Berlin, den 3. Februar 1933

Verbot

Auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 (RGBl. I 548) in Verbindung mit den §§ 81 bis 86 StGB. verbiete ich die in Berlin erscheinende Tageszeitung

„Vorwärts“

einschließlich der Kopfblätter mit sofortiger Wirkung bis zum 6. Februar 1933 einschließlich. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Gegen das Verbot ist binnen zwei Wochen — vom Tage der Zustellung ab — die Beschwerde zulässig, sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei mir einzureichen. Sollte von dem Beschwerderecht Gebrauch gemacht werden, so empfiehlt es sich zur Beschleunigung der Angelegenheit, die Beschwerdeschrift in vierfacher Ausfertigung vorzulegen.

Gründe:

In der Morgenausgabe Nr. 57, A. 29, 50. Jahrgang, befinden sich in dem Aufsatz auf der Titelseite unter der Überschrift: „Deutsches Volk, Frauen und Männer“ u. a. folgende Sätze:

„Gegen solche Pläne rufen wir euch zum Kampf! Wehrt euch. Schützt euer Selbstbestimmungsrecht als Staatsbürger. Erhebt euch gegen eure Bedränger, gegen die feinen Leute, die hauchdünne Oberschicht des Großkapitals! Zerschmettert ihre politische und wirtschaftliche Macht! Kämpft darum mit uns für die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Auflösung des Landes an Bauern und Landarbeiter! Kämpft mit uns für die Enteignung der Schwerindustrie, für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft!“

Durch diese Ausführungen wird im Zusammenhang mit dem Inhalt der Ausführungen des gesamten Aufsatzes der Tatbestand des § 85 R.St.G.B. in Verbindung des § 81 Ziff. 2 R.St.G.B. erfüllt.

gez. Dr. Melcher.
Für die richtige Abschrift:
(Stempel) Böhm, Kanzleischreiber.

Na, viel Freude werden Hitler und seine Jenseitigen von dieser Art Antwort auf das Verbot nicht gehabt haben! Denn dieser summe Abdruck des Verbots und seiner Gründe spricht die Hände. Nun weiß erst recht das Proletariat der ganzen Welt, wofür und wogegen die Hitler-Regierung die Pressefreiheit knebelt: für den Großgrundbesitz und für die Schwerindustrie — gegen das Bürgerrecht, gegen Bauern und Arbeiter, gegen die Plan- und Bedarfswirtschaft! Der „Vorwärts“ hat diese seine summe und doch so beredte „Nummer“ gratis ausgegeben. Aber umsonst wird das nicht geschehen sein.

Klassenkampf.

Alle Not und Bedrängnis der Arbeiterklasse, nicht einmal die höchste faschistische Gefahr vermag die kommunistische Partei zu bewegen, ihre verlogene Bege gegen die Sozialdemokratie einzustellen. Sie bereitet diese vielmehr mit verstärkter Kraft, wobei sie immer wieder die durch nichts gerechtfertigte Behauptung wagt, nur sie führe den Klassenkampf, nur sie sei die Kämpferin gegen den Faschismus, nur sie könne den Sieg des Sozialismus bringen.

Hier einige Beispiele dafür, die noch unendlich vermehrt werden können:

Die Brüner Privatangestellten hatten vor einigen Tagen eine öffentliche Versammlung einberufen, die der Aussprache über die infolge der furchtbaren Wirtschaftskrise auch über die Angestellten hereingebrochene Not und dem Proteste gegen das unsoziale Vorgehen der Unternehmer, welche die Krise zum Vorwand von ständigen Gehaltsreduzierungen, Durchbrechung aller sozialen Bestimmungen und weitestgehenden Entlassungen nehmen, dienen sollte. Die Versammlung nahm ein vorzeitiges Ende. Neben kommunistischen Krawallmachern aus Brünn und Umgebung hatten die kommunistischen Drahtzieher eine größere Anzahl von Bergarbeitern aus Koffitz in die Versammlung dirigiert, die zuerst durch Farn und Schreien die Kundgebung zu stören suchten, und, als ihnen diese Absicht nicht gelang, durch ein Pfeiffongerei und vorher eingelernte Sprech- und Schimpfschreie die Sprengung der Versammlung herbeiführten. Wie noch hat man davon gehört, daß die Kommunisten eine bürgerliche Versammlung gefordert hätten, den bürgerlichen Parteien beizutreten sie mit aller Rücksichtnahme, hier aber — und ähnliches hat sich bereits zahllose Male wiederholt —, wo Angestellte, also Proletarier, sich zusammenfanden, um gegen kapitalistische Ausbeutungsfucht zu demonstrieren, ließ man es sich etwas kosten, um aus Koffitz, wo die Bergarbeiter in einem von den Kommunisten arrangierten und im Befehl gegen die freie Gewerkschaft gerichteten Streik stehen, fanatisierte und verblendete Bergarbeiter nach Brünn zu bringen, um den kämpfenden, netleidenden Angestellten in den Rücken zu fallen. Kommunistischer Klassenkampf! Die einzigen, die an ihm ihre helle Freude haben können, sind die Fabrikanten. Früher muhten sie, um den Keim der Zerfetzung in die Reihen der Arbeiter und Angestellten zu tragen, sich eine gelbe Agitatoren halten, jetzt bevorzugen das die Kommunisten viel wirkungsvoller und noch dazu gratis.

Es ist ein Gebot, das den Stempel des heiligen Synods in Moskau trägt, darauf zu achten, daß die Trennungslinie zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht verwischt werde. Weniger besorgt sind die Kommunisten um die Behütung der Grenzen zwischen ihnen und den Faschisten. In Dresden kam es während einer kommunistischen Versammlung zu einem von der Polizei angeordneten Aufbruch, bei dem neun Tote und eine Anzahl Verletzte die Opfer waren. Ueber das hier von der Polizei verübte Verbrechen ist das Nötige bereits gesagt worden. Hier ein anderes: als Redner in dieser Versammlung hatte sich die einzig „revolutionäre, sozialistische Arbeiterpartei“ einen gewissen Krawatsch, Offizier a. D., ausgesucht, einen Mann, der zwei Wochen vorher noch der Hitlerpartei angehört hat, einer Partel, die den Fememord in ein System gebracht hat. Eben gegen diese Fememörder war die Versammlung gerichtet! Wie leicht ist doch das kommunistische Abschalten zu erkennen, wie leicht ist der Beweis zu erbringen, ein echter, unverfälschter kommunistischer „Klassenkämpfer“ zu sein, wenn eine der zwei Wochen vorher noch Hitler nachließ, in seiner SA Kapellmeister war, nun auf ein-

